

INHALT

1. Regierungskoalition versiebenfacht Neuverschuldung
2. CDU-Fraktion fordert Verschiebung der Verabschiedung des Schulgesetzes
3. Union kämpft für Finanzausstattung kleiner Gemeinden
4. SPD, Grüne und SSW wollen Wahlversprechen auf Kosten der Kommunen erfüllen
5. Suche nach qualifiziertem Nachwuchs als Herausforderung
6. CDU ist starker Partner des schleswig-holsteinischen Mittelstands

15.02.2013

Regierungskoalition versiebenfacht Neuverschuldung Haushaltsabschluss 2012 mit niedrigster Neuverschuldung seit den 70er Jahren



Tobias Koch, MdL

Finanzministerin Monika Heinold hat in dieser Woche den endgültigen Jahresabschluss für das Jahr 2012 vorgelegt. Da SPD, Grüne und SSW nach ihrer Regierungsübernahme keinen Nachtragshaushalt beschlossen hatten, ist er zugleich die „Abschlussbilanz“ der CDU-geführten Vorgängerregierung. Die Neuverschuldung wurde auf 65,6 Millionen Euro reduziert. CDU-Finanzexperte Tobias Koch wies darauf hin, dass ohne die im Dezember beschlossenen „Sondervermögen“ im vergangenen Jahr lediglich 14 Millionen Euro Schulden hätten aufgenommen werden müssen. Der zuständige Sprecher der SPD- Fraktion erklärte in einer Pressemitteilung „Super! Wir können Haushalt“.

Koch wies jedoch darauf hin, dass die Neuverschuldung mit dem ersten Haushalt der neuen

Regierung trotz Rekordsteuereinnahmen und niedriger Zinsen wieder auf 450 Millionen Euro steigen soll. Besonders problematisch sei, dass das Defizit zwischen erwarteten dauerhaften Einnahmen und Ausgaben im Jahresvergleich um 135 Millionen Euro ansteige.

„Schleswig-Holstein wird damit beim Abbau des strukturellen Defizits um mehr als zwei Jahre zurückgeworfen“, so Koch. Fast ebenso gravierend sei, dass die Mittel für Investitionen trotz des enormen Ausbaus der Neuverschuldung um 28 Millionen Euro sinken. „Die Regierung Albig setzt ausschließlich auf Konsum“, so Koch.

Zu diesen Fakten wollte sich kein Regierungsvertreter äußern. Ein Kommentar des SHZ unter der Überschrift „In die eigene Tasche gelogen“ (Link unten) fiel jedoch eindeutig aus.

Wie zumindest die Nord-SPD ihre weitere Finanzpolitik ausrichten wird, machte SPD-Chef Stegner Mitte der Woche deutlich: Er will sich für einen „Altschuldenfonds“ im SPD-Bundestagswahlprogramm einsetzen. In diesen Fonds will er Schulden und Zinszahlungen ausgelagern, „um den Ländern neue Spielräume zu eröffnen.“ Einen Altschuldenfonds hatte zwar auch die CDU-geführte Vorgängerregierung gefordert – allerdings zur Tilgung. Auch darauf wies CDU-Finanzexperte Koch hin: „Bund und Länder hätten auf diesem Wege somit gemeinsam für die Tilgungsleistungen aufkommen müssen. Die anfallenden Zinsen wären nach dem CDU-Konzept von Bund und Ländern ihrem jeweiligen Anteil entsprechend zu finanzieren gewesen“, so Koch.

Stegner wolle statt dessen lediglich die aufgelaufenen Altschulden auslagern, um anschließend im Landeshaushalt ungehemmt neue Schulden machen zu können. Frei nach dem Motto: „Wenn unser Geld alle ist, geben wir eben das Geld anderer aus. Die Hoffnung der Nord-SPD, dass der Bund einfach die Schulden von Ländern und Kommunen übernimmt und dafür zukünftig auch noch die Zinsen zahlt, ist deshalb vollkommen illusorisch“, so Koch.

Den Kommentar finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.shz.de/artikel/artikel/in-die-eigene-tasche-gelogen.html>

CDU-Fraktion fordert Verschiebung der Verabschiedung des Schulgesetzes Vorschaltgesetz der Regierungskoalition ignoriert Anhörungsergebnisse völlig



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Die CDU-Fraktion ist in dieser Woche im Bildungsausschuss mit ihrem von FDP und Piraten unterstützten Antrag gescheitert, die Beschlussfassung über die in der Anhörung der vergangenen Woche scharf kritisierten Änderungen des Schulgesetzes zu verschieben.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen hatte die Notwendigkeit einer Verschiebung unter anderem mit der Zeitplanung der Landesregierung begründet. So sehe die Tagesordnung der „zweiten Bildungskonferenz“ am 23. Februar 2013 – also dem Sonnabend unmittelbar nach der von SPD, Grünen und SSW geplanten Verabschiedung des Schulgesetzes – die „Präsentation der Empfehlungen“ sowie ein Plenum zu „anstehenden schulpolitischen Entscheidungen/Schulgesetzänderungen“ vor.

„Welchen Sinn haben Empfehlungen, was soll eine Debatte zu anstehenden Schulgesetzänderungen, wenn diese zum Zeitpunkt der Debatte längst beschlossen sind?“, fragte Callsen.

SPD, Grüne und SSW bestanden auf der Beschlussfassung. Es gehe mit dem Gesetz lediglich darum, den „Status Quo“ in Schleswig-Holstein zu erhalten, damit der Bildungsdialog in Ruhe geführt werden könne.

Dies wies CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen zurück: „Das Gesetz verbietet den Schulen alle Entscheidungen, die SPD, Grüne und SSW nicht wollen. Es erlaubt den Schulen Entscheidungen, die nur SPD, Grüne und SSW wollen. Das ist kein Moratorium. Die wesentlichen bildungspolitischen Vereinbarungen werden vor dem Abschluss des Bildungsdialoges im Eiltempo durchgepeitscht“, so Franzen.

Der angebliche Dialog der Landesregierung habe sich als Befehlsausgabe mit anschließender Gesprächsrunde heraus gestellt. Das zeige sich schon daran, dass die heftige Kritik aus der Anhörung der vergangenen Woche von der Regierungskoalition völlig ignoriert wurde.

Leidtragende dieser Politik mit der Brechstange seien Schulen und Schulträger, betonte Franzen. Denn das Vorschaltgesetz sei nun auch für die Genehmigung von Oberstufen auf lediglich ein Jahr befristet worden. Eine solche Befristung werde dann ins Gesetz geschrieben, wenn die Regelungen lediglich als Übergangslösung gedacht seien.

„Schulen und Schulträger sollen also unter diesen Voraussetzungen Millioneninvestitionen tätigen, ohne die künftigen Rahmenbedingungen überhaupt zu kennen? Das ist verantwortungslos“, so Franzen.

Union kämpft für Finanzausstattung kleiner Gemeinden

Breitner legt weiter keine Eckpunkte zum Kommunalen Finanzausgleich vor

Innenminister Andreas Breitner ist der Forderung von CDU-Fraktionschef Johannes Callsen, noch vor der Kommunalwahl die Eckpunkte seiner Reform des Kommunalen Finanzausgleichs vorzulegen, auch in dieser Woche nicht nachgekommen.

Statt konkrete Pläne zu benennen sprach Breitner in einer Pressemitteilung (Link siehe unten) davon, dass es „nicht um die Bilanz für jede einzelne Gemeinde“ gehe. Er forderte, „stärker in Regionen zu denken und die Kräfte vor Ort zu bündeln.“ Die Reform richte sich nicht gegen kleinere Gemeinden. Die Menschen in den kleinen Gemeinden würden die Gewinner sein, weil sie starke Zentren bekämen, die sie mit kommunalen Dienstleistungen gut versorgen könnten.

Callsen erklärte dazu, der Innenminister schüre mit seiner derzeitigen Vorgehensweise nur Verunsicherung innerhalb der kommunalen Familie. Er versuche, „sich mit schwurbeligen Formulierungen irgendwie über die Kommunalwahl zu retten. Breitner wird wissen, warum“, so Callsen.

Wer die Aussage des Innenministers verständlich übersetze, der sehe, dass dieser den kleinen Gemeinden das Geld wegnehmen wolle, um es an die Zentren zu geben.

„Breitner steht sogar dazu, dass die Einwohner kleiner Gemeinden weiter fahren sollen, um Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Man muss schon Sozialdemokrat sein, um den Menschen in den Gemeinden unter diesen Voraussetzungen zu sagen, dass sie zu den Gewinnern gehören werden“, so Callsen.

Wenn SPD, Grüne und SSW kleinen Gemeinden den Geldhahn zudrehten, sei deren Ende absehbar besiegelt.

„Auch dazu steht Breitner, wenn er dazu auffordert, stärker in Regionen zu denken. Laut Koalitionsvertrag werden diese Regionen mindestens 8000 Einwohner haben“, so Callsen.

SPD, Grüne und SSW wollten über die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel von Gemeinden mit mindestens 8000 Einwohnern erreichen.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, warnte in diesem Zusammenhang vor einem Aussterben der Dörfer: „Die Gemeinden sind die Wurzeln unseres Gemeinwesens, eine Besserstellung der Städte darf nicht zu Lasten der Gemeinden gehen!“.

Die Pressemitteilung des Innenministers finden Sie unter folgendem Link:

http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2013/130213_im_fagReform.html



Petra Nicolaisen, MdL

SPD, Grüne und SSW wollen Wahlversprechen auf Kosten der Kommunen erfüllen CDU-Fraktion fordert Kostenerstattung für geplante Ausweitung der Mitbestimmung

Zu dem von SPD, Grünen und SSW eingebrachten Entwurf des Mitbestimmungsgesetzes fand in dieser Woche im Innen- und Rechtsausschuss eine mündliche Anhörung statt. Die Regierungskoalition will unter anderem die Freistellungen deutlich ausweiten. Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, sah nach der Anhörung die beiden Hauptargumente von SPD, Grünen und SSW für das Gesetz entkräftet:

So sei die Behauptung, dass die von der CDU-geführten Vorgängerregierung vorgenommene Reduzierung der Freistellungstage keine Entlastung gebracht habe, eindeutig widerlegt

worden.

"Nach Aussage sowohl der Kommunalen Spitzenverbände als auch der Wirtschaftskammern sind die Kosten durch unser Gesetz gesunken", so Nicolaisen.

Nach Auskunft der Kammern habe sich darüber hinaus die Arbeit der Personalräte im vergangenen Jahr nicht verschlechtert. „Die Koalition sollte deshalb vor einer Beschlussfassung prüfen, ob in Land und Kommunen zusätzliche Freistellungen für eine effektive Mitbestimmung tatsächlich benötigt werden“, forderte Nicolaisen. Das Innenministerium habe eine diesbezüglich Anfang Januar erbetene Übersicht über Kosten und Freistellungstage bis heute nicht geliefert.

„SPD, Grüne und SSW ging es offensichtlich von Anfang an nur um die Erfüllung eines Wahlkampfversprechens an die Gewerkschaften. Und die Rechnung dafür wollen sie auch noch auf die Kommunen abwälzen“, so die Innenpolitikerin.

Denn bislang erkenne die Koalition keine Konnexität an, obwohl der Wissenschaftliche Dienst des Landtages in einem Gutachten feststelle, dass den Kommunen die aus der Gesetzänderung folgenden Kosten erstattet werden müssten.

Nachstehend der Link zum Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes. Den entscheidenden Satz finden Sie auf Seite 4:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0626.pdf>

Suche nach qualifiziertem Nachwuchs als Herausforderung

Fraktionsarbeitskreise „Innen und Recht“ und „Europa“ besuchen die Wasserschutzpolizei in Heiligenhafen



Teilnehmer des Besuchs bei der Wasserschutzpolizei

Im Rahmen der Bereisung des Kreises Ostholstein durch die CDU-Landtagfraktion in der vergangenen Woche besuchten die Fraktionsarbeitskreise „Innen und Recht“ und „Europa“ gemeinsam mit dem örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten, Ingo Gädechens, und dem Bürgervorsteher von Heiligenhafen, Georg Reese, die Wasserschutzpolizei in Heiligenhafen.

Bei dem Treffen informierten sich die Abgeordneten über das breite Aufgabenspektrum der dort eingesetzten Beamtinnen und Beamten. Neben den klassischen allgemeinen Polizeiaufgaben wie Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung zählen hierzu

umfangreiche schiffahrtspolizeiliche Vollzugsaufgaben. Ebenfalls Thema der Gespräche war die Nachwuchssituation. Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, teilte hierbei die Einschätzung der Gastgeber, dass die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für die Wasserschutzpolizei auch in Zukunft eine Herausforderung darstellen werde. So geht die Zahl der Bewerber mit nautischen oder maritimen Vorkenntnissen deutlich zurück. Ein Grund dafür dürfte die Konkurrenz zur privaten Wirtschaft sein, mit deren Konditionen der öffentliche Dienst nur schwer mithalten kann.

Auf Nachfrage der europapolitischen Sprecherin Astrid Damerow bezeichneten die Gesprächspartner aus dem Polizeidienst die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den dänischen Behörden als sehr konstruktiv. Hier sei es gelungen, durch ständige Arbeitsgruppen effektive Wege der Kooperation zu finden.

Im Anschluss an die Fachgespräche besichtigten die Abgeordneten das Polizeistreifenboot „Fehmarn“ und konnten sich hierbei selbst ein Bild von den technischen Gegebenheiten und den Herausforderungen machen, die sich bei der polizeilichen Arbeit auf dem Wasser stellen.

CDU ist starker Partner des schleswig-holsteinischen Mittelstands **Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft besucht Voith Locomotives in Kiel**



Teilnehmer des Besuchs bei Voith Locomotives GmbH

Der CDU-Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft, Tourismus und Verkehr hat am Mittwoch (13.02.2013) das Kieler Werk der Voith Locomotives GmbH besucht. Voith beschäftigt am Standort Kiel über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gehört damit zu den großen Arbeitgebern der Region. Die Abgeordneten sprachen mit Vertretern der Firma über die Zukunftschancen am Standort und besichtigten im Anschluss das Werk selbst.

„Es ist schon beeindruckend, was die Firma Voith am Standort leistet und mit welcher Präzision auf individuelle Wünsche der Kunden eingegangen werden kann. Das Werk des Komponentenherstellers ähnelt mehr einer Manufaktur mit sehr viel Handarbeit als einer klassischen Fabrik“, zeigte sich Jens-Christian Magnussen beeindruckt.

Es werden zurzeit im Wesentlichen Rangierlokomotiven für die Deutsche Bahn (DB) gebaut. Jedoch mache der Branche insgesamt der Dieselpreis große Sorgen, denn Diesel würde relativ gegenüber Strom immer teurer. Deshalb habe sich die Marktsituation für Dieselloks unternehmensunabhängig insgesamt etwas eingetrübt. Bleibe dieser Zustand von Dauer, würde es schwierig Diesellokomotiven wirtschaftlich

konkurrenzfähig zu halten.

„Die CDU will starker Partner eines starken schleswig-holsteinischen Mittelstandes sein. Deshalb werden wir, wo wir können, das Unternehmen dabei unterstützen, weitere Partner zu finden, um dem Unternehmen Planungssicherheit zu verschaffen“, so der Abgeordnete Hartmut Hamerich.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de